

# BUNDESRAT

## Stenographischer Bericht

### 621. Sitzung

Bonn, Montag, den 8. Oktober 1990

#### Inhalt:

<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	543 A	<b>lung in bezug auf Deutschland</b> (Druck- sache 700/90) . . . . .	543 D
<b>Zur Tagesordnung</b> . . . . .	543 C	Genscher, Bundesminister des Aus- wärtigen . . . . .	543 D
1. Zehntes Gesetz zur Änderung des <b>Bundeswahlgesetzes</b> sowie zur Ände- rung des <b>Parteiengesetzes</b> (Druck- sache 680/90) . . . . .	543 D	Momper (Berlin) . . . . .	545 A
<b>Beschluß:</b> Der Bundesrat hält das Gesetz für zustimmungsbedürftig — Zustim- mung gemäß Art. 84 Abs. 1 GG . . . . .	543 D	Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)	546 B
		Wolf (Brandenburg) . . . . .	547 D
		Dr. Gerhardt (Hessen) . . . . .	548 C
		<b>Beschluß:</b> Kein Antrag gemäß Art. 77 Abs. 2 GG . . . . .	549 C
2. Gesetz zu dem <b>Vertrag</b> vom 12. Septem- ber 1990 über die <b>abschließende Rege-</b>		<b>Nächste Sitzung</b> . . . . .	549 C
		<b>Feststellung</b> gemäß § 34 GO BR . . . . .	549 B/D

**Verzeichnis der Anwesenden****Vorsitz:**

Präsident Momper, Regierender Bürgermeister  
von Berlin

Amtierender Präsident Schröder, Ministerprä-  
sident des Landes Niedersachsen  
— zeitweise —

**Amtierender Schriftführer:**

Prof. Dr. Hill (Rheinland-Pfalz)

**Baden-Württemberg:**

Dr. Eyrich, Minister für Justiz, Bundes- und Euro-  
paangelegenheiten

Wabro, Staatssekretär im Ministerium für Justiz,  
Bundes- und Europaangelegenheiten, Bevoll-  
mächtigter des Landes Baden-Württemberg  
beim Bund

**Bayern:**

Sauter, Staatssekretär im Staatsministerium für  
Bundes- und Europaangelegenheiten

**Berlin:**

Momper, Regierender Bürgermeister

Prof. Dr. Pfarr, Senatorin für Bundesangelegen-  
heiten, Bevollmächtigte des Landes Berlin  
beim Bund

**Brandenburg:**

Wolf, Landesbevollmächtigter

**Bremen:**

Dr. Rüdiger, Senatorin für Gesundheit und Sena-  
torin für Bundesangelegenheiten, Bevollmäch-  
tigte der Freien Hansestadt Bremen beim  
Bund

**Hamburg:**

Gobrecht, Senator, Bevollmächtigter der Freien  
und Hansestadt Hamburg beim Bund

**Hessen:**

Dr. Gerhardt, Minister für Wissenschaft und  
Kunst, Bevollmächtigter des Landes Hessen  
beim Bund

**Niedersachsen:**

Schröder, Ministerpräsident

**Nordrhein-Westfalen:**

Dr. h. c. Rau, Ministerpräsident

**Rheinland-Pfalz:**

Prof. Dr. Hill, Minister für Bundesangelegenhei-  
ten, Bevollmächtigter des Landes Rheinland-  
Pfalz beim Bund

**Saarland:**

Dr. Walter, Minister der Justiz

**Schleswig-Holstein:**

Rühmkorf, Ministerin für Bundesangelegenhei-  
ten, Bevollmächtigte des Landes Schleswig-  
Holstein beim Bund

**Von der Bundesregierung:**

Genscher, Bundesminister des Auswärtigen

Dr. Stavenhagen, Staatsminister beim Bundes-  
kanzler

Dr. Waffenschmidt, Parl. Staatssekretär beim  
Bundesminister des Innern

(A)

(C)

## 621. Sitzung

Bonn, den 8. Oktober 1990

Beginn: 14.02 Uhr

**Präsident Momper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 621. Sitzung des Bundesrates.

Bevor wir in die Tagesordnung der heutigen Sitzung eintreten, habe ich die angenehme Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß sich mit der Vereinigung Deutschlands die Zusammensetzung auch dieses Hohen Hauses geändert hat.

(B) Für das Land **Berlin** hat mich der Senat davon unterrichtet — ich habe das mitbeschlossen, muß ich sagen —, daß der Oberbürgermeister des früheren Ostteils der ehemals geteilten Stadt, nämlich Herr Tino Schwierzina — der aber heute nicht anwesend ist —, mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 zum **ordentlichen Mitglied des Bundesrates** benannt wurde. Frau Bürgermeisterin Stahmer wird stellvertretendes Mitglied. Die weiteren Mitglieder des Magistrats von Berlin (Ost), wie wir neuerdings sagen müßten, wurden ebenfalls zu **stellvertretenden Mitgliedern des Bundesrates** benannt.

Des weiteren kann ich Ihnen mitteilen, daß mir für die fünf Länder der ehemaligen DDR, also die neuen Länder, **Landesbevollmächtigte** benannt worden sind. Durch sie werden die fünf Länder bis zur Wahl eigener Ministerpräsidenten bei uns gemäß Artikel 15 und 43 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 mit beratender Stimme vertreten sein.

Es sind dies für das Land **Brandenburg** Herr Jochen Wolf, den ich in unserer Mitte sehr herzlich begrüße,

(Beifall)

für das Land **Mecklenburg-Vorpommern** Herr Martin Brick, für das Land **Sachsen** Herr Dr. Rudolf Krause, für das Land **Sachsen-Anhalt** Herr Professor Dr. Karl-Hermann Steinberg und für das Land **Thüringen** Herr Josef Duchac, die, soweit ich unterrichtet bin, heute nicht unter uns sein können, es sei denn, es ist noch eine Veränderung eingetreten.

(Dr. Eyrych [Baden-Württemberg]: Bei uns ist der Bevollmächtigte von Chemnitz als Vertreter von Herrn Krause!)

— Ich begrüße Sie herzlich in unserer Mitte.

(Beifall)

Die neuen Angehörigen unseres Hauses werde ich, soweit sie heute noch nicht hier sind, zu Beginn der nächsten ordentlichen Sitzung willkommen heißen.

Wir beginnen nun unsere heutigen Beratungen mit der Feststellung der **Tagesordnung**. Sie liegt Ihnen in vorläufiger Form mit zwei Punkten vor.

Da es keine Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 1 gibt, können wir mit diesem beginnen. Dann würde gleich der Tagesordnungspunkt 2 folgen. — Wortmeldungen zur Tagesordnung sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Zehntes Gesetz zur Änderung des **Bundewahlgesetzes** sowie zur Änderung des **Parteiengesetzes** (Drucksache 680/90).

Wortmeldungen dazu liegen, wie ich schon gesagt habe, nicht vor, so daß wir gleich zur Abstimmung kommen können.

Der federführende Ausschuß für Innere Angelegenheiten empfiehlt dem Bundesrat, festzustellen, daß das Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes seiner Zustimmung bedarf, und dem Gesetz dann zuzustimmen.

Wer für **Zustimmungsbedürftigkeit** ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist mit Mehrheit so **festgestellt**.

Wer dann für **Zustimmung** in der Sache ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Auch das ist die Mehrheit. Dann ist so **beschlossen**.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetz zu dem **Vertrag** vom 12. September 1990 über die **abschließende Regelung in bezug auf Deutschland** (Drucksache 700/90).

Hierzu hat der Bundesminister des Auswärtigen, Herr Genscher, das Wort. — Bitte schön, Herr Genscher!

**Genscher**, Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

**Bundesminister Genscher**

- (A) Der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, um dessen Zustimmung die Bundesregierung Sie bittet, erfüllt alle Deutschen mit Freude und Dankbarkeit.

Wir danken den drei westlichen Mächten, die über Jahrzehnte mit uns am Ziel deutscher Einheit festgehalten haben. Wir danken allen Verbündeten und allen anderen Freunden, die mit uns für die deutsche Einheit eintraten. Wir danken Präsident Gorbatschow, der mit der grundlegenden Änderung der sowjetischen Politik den Weg zur deutschen und zur europäischen Vereinigung freimachte.

Der Deutsche Bundestag hat das Ratifikationsgesetz am 5. Oktober mit großer Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Bundesrat für seine Bereitschaft, dieses Gesetz in der heutigen Sondersitzung zu beraten. Damit ist sichergestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland die erste Vertragspartei sein wird, die den Ratifikationsvorgang abschließt.

Der Vertrag regelt die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit. Die **Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte** für Berlin und für Deutschland als Ganzes werden durch diesen Vertrag **beendet**.

Am 1. Oktober 1990 wurde in New York das Dokument unterzeichnet, mit dem diese Rechte und Verantwortlichkeiten vom Tage der deutschen Einheit bis zum Inkrafttreten des Vertrages ausgesetzt werden. Das **vereinigte Deutschland hat volle Souveränität** über seine inneren und seine äußeren Angelegenheiten.

(B)

In dem „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ bekennen wir uns zur Friedensverantwortung des vereinten Deutschlands. Wir bekennen uns zu einer Politik des guten Beispiels.

Die abschließende Regelung bekräftigt das Prinzip der **Unverletzlichkeit der Grenzen** als Kernelement der Friedensordnung in Europa. Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch in Zukunft nicht erheben. Es wird die bestehende deutsch-polnische Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigt.

Wir Deutschen bekunden, daß wir unsere Waffen niemals einsetzen werden, es sei denn, in Übereinstimmung mit unserer Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

Die Politik des guten Beispiels des vereinten Deutschlands bedeutet: Wir verzichten auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Wir bekennen uns zu den Rechten und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.

Wir wünschen, daß die deutsche Entscheidung, die Streitkräfte des vereinten Deutschlands auf 370 000 Mann zu reduzieren, ein Beitrag und ein Aufruf zu tiefgreifender **Abrüstung in Europa** ist. Die Einigung zwischen den USA und der Sowjetunion über umfassende konventionelle Abrüstung in Europa zeigt, daß aus dieser Hoffnung Realität wird.

**Die Vereinigung Deutschlands ist Teil der europäischen Vereinigung.** Unsere Erklärungen und Verpflichtungen in diesem Vertrag sind unser Beitrag zu einer besseren Zukunft Europas.

Es entspricht der Würde, der Verantwortung, dem Selbstbestimmungsrecht und dem Friedenswillen unseres Volkes, daß wir sie in eigener freier Entscheidung und in eigener Verantwortung abgeben haben. Nichts ist uns aufgezwungen, und nichts ist uns abgerungen. So dienen wir als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt.

Aus dem größeren Gewicht des vereinten Deutschlands leiten wir nicht Anspruch auf mehr Macht ab; wohl aber kennen wir die größere Verantwortung, die sich daraus für uns ergibt. Der Wille und das Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für eine friedliche europäische Zukunft verbinden uns mit den Völkern Europas und der Welt.

(Vorsitz: Amtierender Präsident Schröder)

Wir werden den Weg zur **europäischen Einheit**, zur **Politischen Union**, zur **Wirtschafts- und Währungsunion** entschlossen fortsetzen. Wir werden dabei eng mit Frankreich zusammenarbeiten. Wir werden den **KSZE-Prozeß stärken** und vertiefen. Von Anfang an haben wir den europäischen Weg nach Deutschland eingeschlagen. Europa ist und bleibt unser Ziel. Nur so werden wir der europäischen Berufung der Deutschen gerecht.

Der deutsch-sowjetische Vertrag, der am 13. September 1990 in Moskau paraphiert wurde, ist Ausdruck der Entschlossenheit, unserer Verantwortung auch für den Erfolg der **Reformpolitik in Mittel- und Osteuropa** gerecht zu werden. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen werden niemandem etwas nehmen; sie werden aber ein Gewinn für ganz Europa sein.

(D)

In einem umfassenden Vertrag wollen wir auch die künftigen Beziehungen zu Polen regeln. Die **deutsch-polnische Aussöhnung** ist ein **Kernstück europäischen Friedens**.

Wir werden den historischen Entwurf der KSZE-Schlußakte als Grundlage für die **europäische Konföderation**, von der Präsident Mitterrand sprach, nutzen.

Durch eine Politik der Zusammenarbeit und Verständigung, durch unsere innere Liberalität und durch eine Ordnung sozialer Gerechtigkeit hat sich die Bundesrepublik Deutschland das Vertrauen erworben, das die Völker dem vereinten Deutschland entgegenbringen. Die friedliche Freiheitsrevolution in der früheren DDR hat dieses Vertrauen noch gestärkt. Nur dieses Vertrauen ermöglichte es, den lang ersehnten Wunsch aller Deutschen zu erfüllen: die Einheit in Frieden und in Freiheit. Es verpflichtet uns auch weiterhin auf eine Politik der Berechenbarkeit, der Verantwortung, der Einigung Europas und der Bewahrung des Friedens. — Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

**Amtierender Präsident Schröder:** Vielen Dank!

**Amtierender Präsident Schröder**

(A) Das Wort hat der Herr Regierende Bürgermeister Walter Momper.

**Momper** (Berlin): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zwei-plus-Vier-Gespräche sind rascher und erfolgreicher abgeschlossen worden, als viele von uns zu hoffen gewagt haben. Ich bin sicher, daß, unabhängig von der politischen Zusammensetzung der jeweiligen Landesregierung, dem vorliegenden Vertragswerk zugestimmt werden kann; denn mit dem Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen haben wir jetzt einen Bauplan für das künftige europäische Haus.

Nun ist es an uns, das begonnene Bauwerk zu vollenden. Das **Fest der Einheit** war für alle Deutschen ein großer Tag. Es war vor allen Dingen ein **Tag der Freude und auch des Dankes**. Wir freuen uns darüber, daß Berlin und Deutschland nach fast einem halben Jahrhundert nach Kriegsende endlich zur Normalität zurückfinden können. Besonders die Teilung Berlins war schmerzlich; aber sie war keineswegs vergeblich. Denn je sicherer der Westen Berlins etabliert war, desto drängender wurde es für den Osten, die Fragen zu beantworten, die dort die Menschen bewegt haben. Es ist schon so, daß die Existenz West-Berlins die deutsche Frage offengehalten hat. **Berlin** war die **Klammer für die gemeinsame deutsche Nation**. Ohne das freie Berlin hätte es den Tag der Einheit nicht gegeben.

(B) Meine Damen und Herren, es sind viele Faktoren, die das Ende der Teilung Berlins, der Teilung Deutschlands und der Teilung Europas bewirkt haben. Wir sind allen dankbar dafür, daß sie ihren Teil dazu beigetragen haben: den Westalliierten, den Völkern Mittel- und Osteuropas, die sich gegen die inneren und äußeren Mauern erhoben haben, vor allen Dingen dem sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow, der der sowjetischen Politik die entscheidende Wendung gab.

Der **Dank** der Berlinerinnen und Berliner gilt zualererst **den Westalliierten**. Denn sie waren es, die die Freiheit der Berlinerinnen und Berliner bewahrt haben. Sie haben uns in Berlin durch ihre Anwesenheit Sicherheit gegeben.

Wir werden niemals vergessen, daß wir stets auf die Westalliierten bauen konnten. Diese können mit Stolz melden, daß ihnen bei der Besetzung Berlins der größte Sieg bei einem militärischen Einsatz gelungen ist, nämlich den Frieden zu wahren und die Freundschaft der Menschen zu erlangen.

Meine Damen und Herren, bis zum 3. Oktober gab es zwei getrennte deutsche Staaten. Berlin hatte einen besonderen Status. Die Vier Mächte haben nun auf ihre Rechte als Sieger des Zweiten Weltkrieges verzichtet. Der **besondere Status Berlins ist beendet**; aber westalliierte Truppen werden noch so lange in der Stadt bleiben, wie sowjetische Truppen rings um Berlin und in der ehemaligen DDR stationiert sind. Bis 1994 werden die sowjetischen Truppen abziehen.

Die neue Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Verringerung der konventionellen Rüstung ist die weitere Realisierung der Abrüstungsschritte in Europa. Es ist ein gro-

ßer Schritt in Richtung auf einen **dauerhaften Frieden für Europa**. (C)

1961 hat die Sowjetunion mit dem Bau der Mauer noch versucht, Berlin zu isolieren und auszutrocknen. Seinerzeit standen sich die Panzer nur auf wenige Meter gegenüber, und die Welt stand knapp vor dem Abgrund eines Krieges. Wir mußten damals einsehen: Der westliche Schutz für Berlin reichte nicht weiter als bis zur Demarkationslinie zum Ostsektor. Das war eine bittere Erfahrung. Diese Erfahrung förderte aber auch die Einsicht, daß die Konfrontation überwunden werden mußte, wenn das Leid der Teilung wenigstens gemildert werden sollte.

Die Entspannungspolitik und die **Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel** waren der Versuch eines Dialogs über Mauern und Zäune hinweg. Das **Viermächteabkommen** und die deutsch-deutschen Vereinbarungen waren Meilensteine für eine friedvolle Entwicklung in Deutschland und Europa. Sie eröffneten neue Perspektiven. Ohne die Unterstützung des Westens für diese Politik der Entspannung wäre das nicht erreicht worden.

Meine Damen und Herren, trotz aller historischen Erfahrungen mit Deutschland haben sich unsere Nachbarn nicht gegen die Einigung unseres Landes gestellt, sondern die Einheit gefördert und sie unterstützt. Die Siegermächte haben den Beschluß gefaßt, die besonderen Rechte in bezug auf Deutschland und Berlin zu suspendieren. Diese Haltung zeugt von großem Vertrauen in das neue vereinte Deutschland. Wir Deutsche werden dieses Vertrauen nicht enttäuschen dürfen. (D)

Wir wissen, daß wir schon bald **mehr internationale Verantwortung** wahrnehmen müssen, und wir werden dieses besonnen und behutsam tun. Deutschland bleibt in seine internationalen Verpflichtungen eingebettet. Die NATO wandelt sich von einem militärischen zu einem politischen Bündnis, das auf gemeinsamen Werten aufbaut und so die Brücke über den Atlantik schlägt.

Die USA sind unverändert eine unverzichtbare Kraft für die europäische Sicherheit und die Balance der Mächte. Das neue Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den USA ermöglicht es, die **KSZE zu einer Institution gesamteuropäischer Sicherheit und Zusammenarbeit** auszubauen. Das Fundament der europäischen Zusammenarbeit und der Kern der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas bleibt die deutsch-französische Freundschaft.

Wir sind auf dem Wege zu einem **neuen Europa**. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die Länder Südosteuropas und der westliche Teil der Sowjetunion wollen in Europa einbezogen werden. Das bedeutet auch, daß sich unser Verhältnis zur Sowjetunion ändern wird.

Das vereinte Deutschland wird die wirtschaftlichen Verflechtungen nicht zerschneiden, die in Jahrzehnten zwischen der DDR und der Sowjetunion entstanden sind. Wir werden an den Osthandel anknüpfen und ihn ausbauen. Handelsmauern, wie die COCOM-Liste aus der Zeit des Kalten Krieges, müssen auch der Vergangenheit angehören.

Momper (Berlin)

- (A) Die Aufgabe der Zukunft für Deutsche und Polen ist es, eine neue deutsch-polnische Freundschaft zu begründen, so wie Deutsche und Franzosen seit den 60er Jahren eine deutsch-französische Freundschaft begründet haben. Ich meine, ein reiner Grenzvertrag ist nicht genug, sondern ein **deutsch-polnischer Freundschaftsvertrag** sollte an dessen Stelle treten oder dazu ausgebaut werden. Gerade die Jugend beider Länder muß einander begegnen. Ein deutsch-polnisches Jugendwerk kann helfen, indem es von den Erfahrungen des **Deutsch-Französischen Jugendwerkes** ausgeht.

Meine Damen und Herren, mit den fünf neuen Ländern ist die Bundesrepublik Deutschland ziemlich gewachsen: Sie hat nun 44 % mehr Fläche und 26 % mehr Einwohner. Mit etwa 78 Millionen Einwohnern ist das vereinte Deutschland jetzt nach der Sowjetunion der bevölkerungsreichste Staat in Europa.

Manche sehen die Ursache zweier Kriege darin, daß mit Bismarcks Deutschland in der Mitte Europas ein zu großer Nationalstaat gebildet wurde. Ich teile diese Auffassung nicht. Entscheidend ist nicht die Größe oder die Lage eines Landes auf seinem Kontinent, sondern die Art und Weise, in der es von seiner Größe und von seiner Lage Gebrauch macht. Entscheidend ist die Einbettung eines Landes in die europäischen und internationalen Zusammenhänge. Wir sollten gemeinsam dazu beitragen, daß in der Zukunft die Größe Deutschlands seinen Nachbarn nicht noch einmal zum Schaden, sondern stets zum Nutzen gereicht. Auch **große Nachbarn** können **gute Nachbarn** sein. Ich denke, Deutschland sollte das beweisen.

- (B) Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Vertragswerk wird der Auftrag erfüllt, die deutsche Einheit im Einklang mit unseren Nachbarn und den Siegermächten zu vollziehen. Der Vertrag berücksichtigt die Sicherheitsinteressen Europas und garantiert die bestehenden Grenzen. Der **Vertrag** ist auch ein **Meisterwerk der Diplomatie**, der deutschen Diplomatie, an dem der Herr Bundesminister des Auswärtigen einen ganz hohen persönlichen Anteil hat. Dafür möchte ich Herrn Minister Genscher den Dank Berlins aussprechen.

Meine Damen und Herren, mit dem Vertrag endet die bisherige Nachkriegsordnung Europas. Es endet die Zeit der Ost-West-Konfrontation. Wir stehen am Beginn einer **neuen Epoche der Zusammenarbeit** der Völker in Europa, die die Chance eröffnet, an die globalen Probleme des Hungers, der Umweltzerstörung und der Unterentwicklung gemeinsam heranzugehen. Diese Chance sollten wir alle gemeinsam nutzen. — Danke schön.

**Amtierender Präsident Schröder:** Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Rau.

**Dr. h. c. Rau** (Nordrhein-Westfalen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einigen Sitzungen habe ich hier von der Vorfriede darauf gesprochen, daß eines Tages die Vertreter der neuen Länder mit uns hier im Bundesrat in Bonn sein würden.

(Vorsitz: Präsident Momper)

Es ist schon schön, auf der nordrhein-westfälischen Bank den **Landessprecher Brandenburgs**, Jochen Wolf, neben sich zu wissen, der gleich zu uns sprechen wird, und es ist schön, ein Stückchen von der Veränderung der Wirklichkeit mitzubekommen, die so rasant und so schnell ist, daß man aus dem Staunen nicht mehr herauskommt.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag wird sicherlich hier nicht mit unterschiedlichen Meinungen gewertet. Es mag Akzentverschiebungen geben; aber es ist schön, daß alle 16 Länder diesen Vertrag begrüßen und daß sie in diesem Vertrag einen wichtigen Schritt in der deutschen Geschichte sehen. Der Vertrag drückt aus, daß die ehemaligen Siegermächte jetzt Partner sind und daß beide deutschen Staaten jetzt ein Staat sein können. Er ist ein Zeichen für das Vertrauen unserer Nachbarn in unsere Friedenspolitik und in die in den letzten Jahrzehnten gewachsene Demokratie.

Das vereinte Deutschland verpflichtet sich nach Artikel 2 dieses Vertrages dazu, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Wie oft haben wir dieses Wort gesprochen, wie oft haben wir dieses Wort als Hoffnung bekundet! Jetzt ist es die Basis unseres staatlichen Handelns. Wir sprechen davon, daß Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar sind. Das spricht sich leicht. Aber wer unsere Wirklichkeit — auch die der letzten Jahre — ansieht, der wird darüber reden müssen, was wir denn noch tun, damit das erkennbar wird. Eine solche Bereitschaft verpflichtet ja alle Deutschen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, und es handelt sich um eine gemeinsame Aufgabe, der wir uns nicht entziehen dürfen.

Ich zitiere diesen Text, weil es erschreckende Informationen über **Waffenlieferungen** gewissenloser deutscher Unternehmer gibt; ich nenne die Stichworte **Libyen** und **Irak**. Ich denke, wir haben allen Grund, darüber zu sprechen, daß das **Geschäft mit dem Tod** aufhört, daß wir die Gesetze verschärfen, die dieses Geschäft mit dem Tod offenbar immer noch ein Stück weit möglich gemacht haben. Denn wir haben versprochen, daß wir das friedliche Zusammenleben der Völker nicht mehr stören wollen. Ich glaube, daß wir miteinander ernsthafte Anstrengungen unternehmen müssen, um den Waffenhandel zu unterbinden, der nicht nur Unternehmen aus Deutschland, sondern der Deutschland nicht nur um seinen Ruf, sondern auch um seine Handlungsmöglichkeiten bringt.

Ob wir das leisten, das wird ein Prüfstein unserer Friedenspolitik sein. Es ist nicht hinnehmbar, daß befreundete Staaten uns auf Geschäfte von Unternehmen in Deutschland hinweisen müssen. Wir müssen selber nach dem Rechten sehen, wir brauchen **schärfere Kontrollen**, und wir brauchen **harte Strafen für illegalen Waffenhandel**.

Ich begrüße es sehr, daß im Vertrag die erneute Bekräftigung des Verzichts — ich zitiere — „auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen“ steht. Ich glaube, dieser **Verzicht auf ABC-Waffen** ist ein ganz entscheidender Schritt nach vorn. Nach mei-

Dr. h. c. Rau (Nordrhein-Westfalen)

(A) ner Überzeugung gehört er in eine künftige deutsche Verfassung.

Daß die **Reduzierung der Streitkräfte** des vereinten Deutschlands auf 370 000 Mann möglich wird, entspricht der Abrüstungspolitik, die wir Sozialdemokraten immer betrieben und später gefordert haben. Unsere Streitkräfte sind nur zur Verteidigung da; sie bedürfen nicht der Angriffsfähigkeit. Ich hoffe, daß in den kommenden Jahren weitere Verringerungen möglich sind, nicht nur, um unsere Budgetprobleme zu lösen, sondern ich glaube, daß wir die eingesparten Mittel nicht zuletzt in der Dritten Welt verwenden müssen. Denn jetzt, nachdem Deutschland größer geworden ist, muß sich unser Blick verändern.

Am 15. August habe ich in der Regierungserklärung in Düsseldorf gesagt: Wir wissen, der Kampf gegen Hunger, Elend und Ausbeutung, die Bereitschaft zu humanitärer Hilfe, zu wirtschaftlicher und technischer Unterstützung sind unverzichtbar, wenn es darum geht, den Frieden sicherer und die Sicherheit friedlicher zu gestalten. Wir müssen den Völkern im Süden durch unser Handeln zeigen, daß wir kein Europa wollen, das auf sich selbst und bestenfalls auf einen innereuropäischen Ausgleich beschränkt bleibt.

Wir dürfen nicht hinnehmen, so meine ich, meine Damen und Herren, daß der **Ost-West-Konflikt**, der zu Ende ist, jetzt durch immer neue, immer schärfere **Nord-Süd-Konflikte** abgelöst wird. Darum finde ich es gut, daß im Vertrag steht: Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag. Das vereinte Deutschland hat **keinerlei Gebietsansprüche** gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.

Wir haben in unserer letzten Landtagssitzung eine bewegende Rede des Vizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose gehört, der uns berichtet hat, wie er mit seiner Frau, die von jenseits der Oder stammt, dort an der Oder steht, und wie sie davon träumen, daß diese „verlorene Gebiete“ — so sage ich es nun in Anführungszeichen — eines Tages durch Grenzen miteinander verbunden sind, die nicht mehr trennen, sondern zueinander führen. Die offene Grenzfrage im Osten, besonders gegenüber Polen, ist in der Geschichte ein Hindernis für die Entwicklung normaler Beziehungen und ein Grund für Mißtrauen in unsere Absichten gewesen. Jetzt ist die Grenzfrage nicht mehr offen. Jetzt müssen die **Grenzen offen** werden, und Europa muß alle Länder umfassen, muß allen Bürgerinnen und Bürgern den freien Umgang miteinander bieten. Dazu gehört auch, daß wir unser Denken über Europa verändern, daß wir bewußter machen, was wir oft sagen, daß dieses Europa nicht an der Oder-Neiße-Grenze aufhört.

Ich bedaure es, daß das vereinigte Deutschland für Polen mit der Einführung des Sichtvermerkzwanges an der östlichen Grenze beginnt, und ich bitte die Bundesregierung, über die Zwischenlösung für polnische Studenten und Gastarbeiter hinaus gemeinsam mit Polen nach einer Lösung im Kleinen Grenzverkehr zu suchen. Ich habe diese Eindrücke und den Anlaß zu dieser Bitte auch aus Besuchen an der deutsch-polni-

schen Grenze am vergangenen Wochenende gewonnen. (C)

Wir werden unseren Blick jetzt stärker auf ost- und südosteuropäische Länder richten müssen. Wir haben den **Reformkräften in der Sowjetunion** und Michail Gorbatschow insbesondere, aber auch den Reformkräften in Mittel- und Südosteuropa die deutsche Einheit zu verdanken. Da das so ist, darum müssen wir diesen Ländern jetzt durch verstärkte Anstrengungen helfen, ihre Probleme zu lösen. Da ist Hilfe bei dem **wirtschaftlichen Strukturwandel** nötig, da muß es das Ziel sein, Demokratie zu stärken und wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die die Menschen nicht mehr zum Verlassen ihrer Heimat zwingen, bloß damit ihre Kinder eine sichere Zukunft haben können. Wir brauchen eine **neue Flüchtlingspolitik**, und diese Flüchtlingspolitik kann nicht nur in der Regelung von Aufnahmezahlen, sondern sie muß in der Hilfe vor Ort bestehen. Hier kann es zu einer gemeinsamen Bemühung der Bundesregierung, der Länder und der Europäischen Gemeinschaft kommen. Ich halte sie für notwendig.

Der Vertrag ist ein Auftrag, ein Aufruf an die Adresse des vereinten Deutschlands, sich engagiert für **Frieden und Sicherheit**, für **Menschenrechte** und für **menschenwürdiges Leben** in ganz Europa und in der Welt einzusetzen. Diese friedlichen Aufgaben müssen unser Wollen und Tun jetzt erkennbar bestimmen. Ich denke, die Länder wollen und werden daran nach Kräften mitwirken.

**Präsident Momper:** Schönen Dank, Herr Ministerpräsident! (D)

Das Wort hat nunmehr der Landesbevollmächtigte Wolf (Land Brandenburg). — Bitte schön, Herr Kollege Wolf!

**Wolf,** Landesbevollmächtigter Brandenburg: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Vertreter der fünf neuen Bundesländer in Deutschland ist der heutige Tag ein weiteres Beispiel für die nicht abreißende Kette von Momenten, die aus unserer Sicht den Ausdruck „historisch“ zu verdienen scheinen. Noch liegt der Tag der deutschen Einheit keine volle Woche zurück, da erhalten die vorläufigen Vertreter dieser fünf neuen Bundesländer erstmalig Gelegenheit, ihre Stimme in diesem Hohen Hause zu erheben. Da ich weiß, daß nur aus zwei dieser neuen Bundesländer Vertreter hier sind, füge ich hinzu, daß wir beiden Chemnitzer diese fünf neuen Länder heute hier hoffentlich würdig vertreten.

Der Anlaß für diese Wortmeldung eines Vertreters der fünf neuen Bundesländer ist schon für sich genommen historisch, betrifft er doch das Gesetz zu dem Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland. Das heißt nicht mehr und nicht weniger als: Der Gegenstand dieser Beratung ist die Wiedererlangung der **völligen Souveränität Deutschlands** in Übereinstimmung mit allen seinen Nachbarn und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges.

Alle Redner zum Tag der deutschen Einheit, deren Reden ich Gelegenheit hatte zu hören oder nachzulesen, haben auf die **besonderen Beziehungen** des ge-

**Wolf** (Brandenburg)

(A) einten Deutschlands zu **Ost- und Südosteuropa** hingewiesen. Für mich als ehemaligen DDR-Bürger und Brandenburger, dessen Bundesland die längste Grenze zum benachbarten Polen hat, verdient dieser Aspekt an diesem Tag, zu dieser Stunde besondere Würdigung.

Nach meiner Auffassung können sich die Verpflichtungen des geeinten Deutschlands, der Europäischen Gemeinschaft und der USA gegenüber den ost- und südosteuropäischen Ländern nicht auf die Würdigung der von diesen Ländern ausgegangenen demokratischen Veränderungen im sogenannten sozialistischen Lager beschränken. Für die freie Welt ergibt sich aus der Einigung Deutschlands und aus den auf die Entwicklung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in den Ländern Ost- und Südosteuropas gerichteten Entwicklung die enorme Verpflichtung zur tätigen Hilfe.

Aus der Forderung des Bundespräsidenten in seiner Rede anlässlich des Tages der deutschen Einheit, daß die Grenzen Deutschlands Brücken sein sollen, ergibt sich die Notwendigkeit auch der **wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern Ost- und Südosteuropas** über das Gebiet der früheren DDR hinaus. Daran zu arbeiten, haben wir bereits begonnen, und zwar dort, wo wir unmittelbar Verantwortung übernommen haben: in den fünf neuen Bundesländern. Dort, in unserer unmittelbaren Heimat, müssen wir zuerst die Probleme lösen, und es sind schwerwiegende Probleme: Rechtsstaatlichkeit wie Eigentum sichern, Arbeitsplätze durch Strukturwandel schaffen, den Menschen soziale Sicherheit und die Aussicht auf Wohlstand geben.

(B)

Die nach meiner Überzeugung richtige und gerechte Forderung nach der **Entwicklung gleichwertiger Lebensbedingungen** in allen Bundesländern Deutschlands kann auf das Gebiet unseres Vaterlandes nicht beschränkt bleiben, wenn wir die Einigung Europas ernsthaft wollen. Daraus leitet sich selbstverständlich die **Hilfe für unsere Nachbarn im Osten und Südosten Europas** ab.

Aus der Beendigung des Kalten Krieges ergeben sich aber nicht nur Chancen für die Vereinigung Europas. Darüber hinaus wird sich aus dieser Vereinigung Europas auch das Potential entwickeln, mit dem die großen Probleme dieser Welt gelöst werden können. Zwar zwingen die unterschiedlichen Entwicklungsstände zwischen den Ländern Europas noch zu Maßnahmen, die die Grenzen noch Grenzen und nicht Brücken sein lassen. Aber mit der Überwindung dieser Unterschiede wird es zunehmend möglich sein, auch die **Probleme der Dritten Welt**, den Hunger in der Welt, die zunehmende Verwüstung der Steppen, die Erhaltung der tropischen Regenwälder, erfolgreich zu lösen.

Auch wir Deutschen in der ehemaligen DDR – gerade wir – haben begriffen, daß wir nicht auf uns selbst beschränkt bleiben dürfen, wenn wir unseren Verpflichtungen aus unserer demokratischen Revolution seit dem Herbst 1989 weiterhin gerecht werden wollen. Diesen Zielen dient der Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland. Zu diesen Zielen bekennen wir uns, und an ihrer Ver-

wirklichung werden wir mit unserer ganzen Kraft mitarbeiten. – Ich danke Ihnen. (C)

**Präsident Momper:** Schönen Dank, Herr Kollege!

Das Wort hat nunmehr Herr Staatsminister Gerhardt (Land Hessen). – Bitte schön, Herr Kollege!

**Dr. Gerhardt** (Hessen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vertragswerke entstehen immer auch aufgrund eines Vertrauensvorschlusses, den sich ein Land in der Geschichte erwirbt. 40 Jahre stabile und auch demokratische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben mit Sicherheit dazu beigetragen, daß mit diesem Vertragswerk eine **Vertrauensbereitschaft** gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland zum Ausdruck gekommen ist, die Erfahrungen aus der jüngeren deutschen Geschichte, vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, langsam, schrittweise zurückdrängt. Das ist die große Chance eines solchen Vertragswerkes. Aber es wäre nicht zustande gekommen, ohne daß hier auch der Bundesaußenminister aufgrund seiner persönlichen Verantwortung am Werke gewesen wäre. Dafür möchte ich Ihnen, Herr Bundesaußenminister, für die Hessische Landesregierung danken.

Die entscheidende Wendung hin zu einem **Vertrauensvorschuß** durch unsere Nachbarn ist mit diesem Vertragswerk aber auch deshalb erreicht worden, weil unsere Landsleute und jetzigen Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Bundesländern die deutsche Visitenkarte durch eine friedliche Revolution neu geschrieben haben, welche der internationalen Völkergemeinschaft, da sie von deutschem Boden ausgeht, ungewöhnlich erscheint. Denn bisher ist von deutschem Boden viel anderes ausgegangen. Auch dies ist natürlich eine entscheidende Voraussetzung für dieses Vertragswerk gewesen. (D)

Die Momentaufnahme zeigt die große Chance für unser Land. Nach meiner Einschätzung hat das Vertrauen uns gegenüber die Oberhand über das Mißtrauen gewonnen. Man ist bereit, uns international einen Vertrauensvorschuß zu geben, und dieser Vertrauensvorschuß kann nur durch ein **europäisches Deutschland** gerechtfertigt werden.

Dazu waren – das möchte ich bei dieser Beratung sagen – beide Teile der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland notwendig. Es wäre gut, wenn wir in der **innenpolitischen Auseinandersetzung** in unserem Land auch unseren Frieden mit **außenpolitischen Entscheidungen** machten, die zu der Zeit, als sie erstritten werden mußten, von der jeweiligen Opposition hart attackiert wurden. Vielleicht ist heute die Stunde, darüber nachzudenken, ob nicht nur beide politischen Entscheidungen, zum einen die Entscheidung für die Orientierung hin zu den westlichen Demokratien und zum anderen die Entscheidungen Anfang der 70er Jahre, zu einer solchen Chance führen konnten. Man kann, so meine ich, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht nur eindimensional sehen.

Entscheidend wird aber sein, ob es uns gemeinsam gelingt, den Menschen in unseren Nachbarländern zu zeigen, daß Freiheit nicht auf Dauer als Armut empfunden werden kann. Das, was von Ungarn bis Polen und jetzt durch sich andeutende Entscheidungen in

**Dr. Gerhardt** (Hessen):

(A) der Sowjetunion Zug für Zug erstritten wird, darf nicht auf Dauer mit einer wirtschaftlichen Situation konfrontiert werden, die die Menschen in diesen Ländern fragen läßt, für was man das denn alles unternommen habe, wenn man weiterhin vor bedrückenden wirtschaftlichen Lebenssituationen stehe. Dieses Vertragswerk muß bei unseren Nachbarn in den täglichen Entscheidungen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht mit mehr **Lebenssicherheit** aufgefüllt werden.

Mit den Kosten für diese Lebenssicherheit kann allerdings **nicht nur der Haushalt des Bundes belastet** werden. Obwohl es Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern für die neuen Bundesländer gibt, sind auch bei uns in den Ländern weitere Entscheidungen notwendig, und wir müssen auch die Kraft haben, sie zu treffen. Denn es reicht nicht aus, die Beseitigung dieser unsicheren Lebenssituationen mit den finanziellen Konsequenzen allein an die Bundesregierung zu delegieren. Ich sage das heute sehr bewußt, wo zwei Kollegen aus den neuen Bundesländern unter uns sind. Ich hoffe sehr, daß die Kraft der Länder über das, was bisher im Einigungsprozeß geschieht, noch hinausgehen kann. Denn eine gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern zwingt auch die Ebene

(C) der Länder dazu, gleichgerichtete Anstrengungen zu unternehmen und die Beseitigung dieses wirtschaftlichen Gefälles nicht allein auf den Bundeshaushalt zu delegieren. — Herzlichen Dank.

**Präsident Momper:** Schönen Dank, Herr Kollege! — Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses wird nicht gestellt.

Der Bundesrat hat somit gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes **beschlossen, die Einberufung des Vermittlungsausschusses nicht zu verlangen.**

Meine Damen und Herren, damit sind wir ans Ende der heutigen Tagesordnung gekommen.

Die **nächste Sitzung** des Bundesrates, die wieder einmal eine reguläre Sitzung sein wird, berufe ich auf den kommenden Freitag, den 12. Oktober 1990, 9.30 Uhr ein.

Damit ist die Sitzung geschlossen. — Ich danke Ihnen allen.

(Schluß der Sitzung: 14.42 Uhr)

#### **Feststellung gemäß § 34 GO BR**

(B) Einsprüche gegen den Bericht über die 619. Sitzung sind nicht eingelegt worden. Damit gilt der Bericht gemäß § 34 GO BR als genehmigt.

(D)